

werde, während an wichtigen Stellen Fachleute fehlen. Neuanstellungen werden aber durch den Gouverneur verhindert. Armut betont, dass eines der wichtigsten Probleme von Colemêrg die Wasserfrage sei. Sie haben den Menschen in Colemêrg versprochen, ihnen zumindest 18 Stunden am Tag Wasser zur Verfügung zu stellen. Das System breche jedoch immer wieder zusammen. Die verantwortlichen Dienstleister sitzen in Samsun und unternehmen nichts, um die Probleme mit dem Wassersystem zu beheben. Armut dazu: „Wir haben begonnen, uns auf die Suche nach einer dauerhaften Lösung zu machen. Wenn wir in Colemêrg ein

Team Reparaturarbeiter finden, kann sofort interveniert werden. Wir werden das Problem lösen.“ Sie berichtet, man habe auch angefangen die Straßen auszubauen und werde mindestens die Hauptstraßen reparieren. Auch werde man das Projekt der Radwege abschließen, auch wenn der Staat sich aus der Finanzierung zurückgezogen hat. Über die weiteren Pläne sagt Armut: „Wir planen in jedem Viertel ein öffentliches Backhaus einzurichten. Wir werden an den Häusern Märkte einrichten. So werden wir sowohl unsere Kultur, als auch unsere Werte weitertragen und für ein kontinuierliches Einkommen von Frauen sorgen.“

Vom Assad-Regime verbotene Bäume werden wieder gepflanzt

Das Pflanzen von Obstbäumen war in der Region Heseke im Rahmen der Politik des arabischen Gürtels verboten. Im selbstverwalteten Nord- und Ostsyrien entstehen neue Obstthaine.

ANF / HESEKÊ, 14. Aug. 2019.

Die Region Cizîrê in Nordsyrien verfügt über die fruchtbarsten Böden des gesamten Landes. Dennoch wurde die landwirtschaftliche Produktion vom Assad-Regime dort systematisch behindert, allein der Anbau von Getreide war erlaubt. So entwickelte sich die Region zu einer Weizenmonokultur. Seit Beginn der Revolution von Rojava arbeiten die Landarbeiter*innen an einer diversifizierten, nachhaltigen Landwirtschaft und können pflanzen, was sie für richtig halten. Das Dorf Şemokê liegt etwa 20 Kilometer westlich von Heseke. Dort betrieb Adurrahman Emîn gemeinsam mit seiner Familie trotz der scharfen Gesetze des Regimes diversifizierte Landwirtschaft. Die Familie lebt von der Land-

wirtschaft und hat in den vergangenen zwanzig Jahren etwa fünf Hektar bewirtschaftet. Mit der Befreiung der Region durch die Revolution von Rojava konnte sie nun auch verbotene Bäume wie Granatapfel, Apfel, Birne, Pflaume, Mandeln, Feigen, Pfirsiche, Aprikosen, Oliven und auch Trauben anpflanzen. Adburrahman Emîn begann drei verschiedene Sorten Granatäpfel und zwei verschiedene Sorten Trauben täglich auf dem Markt von Heseke zu verkaufen. Er liebt die Natur und lebt mit ihr, sagt er. Das Studium des Landwirtschaftsingenieurwesens seines Sohnes hat Emîn gefördert. Sein Sohn beschäftigt sich mit dessen Ehefrau insbesondere mit Apfelbäumen. Mittlerweile muss die Familie im Sommer kein Obst oder Gemüse mehr zukaufen und kann sich selbst versorgen. Allerdings gibt es immer wieder Schwierigkeiten mit der Wasserversorgung, da die Türkei über die Staudämme das Wasser kontrolliert.

Weitere Artikel auf der Homepage: +++ Öcalan: „Bereit für die Lösung der kurdischen Frage“

+++ Mazlum Abdi: Die Verhandlungen zur Pufferzone in Nordsyrien gehen weiter!“ +++

www.ak-zur-kurdischen-revolution.de

Kontakt: redaktion@ak-zur-kurdischen-revolution.de

V.i.S.d.P: Ingo Speidel, Hornbergstr. 211, 70186 Stuttgart

Info zur Kurdischen Revolution 159

Aktuelle Informationen und Analysen zur kurdischen Revolution 19.08.19, Nr.

+++ Ida-Berge: Umweltwiderstand von Kurdistan bis an die Ägäis +++

+++ Wan (türkisch-Kurdistan) soll Frauenstadt werden +++

+++ Hakkari/türkisch-Kurdistan: Neuanfang nach den Kommunalwahlen +++

+++ Vom Assad-Regime verbotene Bäume werden wieder gepflanzt +++

Ida-Berge: Umweltwiderstand von Kurdistan bis an die Ägäis

*Im westtürkischen Ida-Gebirge schürft ein Bergbau-Konzern nach Gold. Anwohner*innen leisten gemeinsam mit Aktivist*innen aus der ganzen Türkei und Kurdistan Widerstand gegen die Umweltzerstörung. ANF / ÇANAKKALE, 13. Aug. 2019.*

Im westtürkischen Ida-Gebirge schürft ein kanadischer Bergbau-Konzern nach Gold. Anwohner*innen leisten gemeinsam mit Aktivist*innen aus der ganzen Türkei und Kurdistan Widerstand gegen die Umweltzerstörung.

Der türkische Staat hat der kanadischen Firma Alamo Gold Inc. das Gelände und die Schürfrechte für 90 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, heißt es. Mit 4,5 Prozent sei die Türkei zudem an dem Goldertrag beteiligt. Die Dimension der 2017 begonnenen Rodung der Region wurde mit einem vor Kurzem veröffentlichten Drohnen-Video deutlich. Das Video war in den letzten vierzehn Tagen millionenfach in den sozialen Medien geteilt worden. Es zeigt verwüstete Berghänge, umgewühlte Täler, nachhaltig zerstörte Umwelt. In den vergangenen zwei Jahren wurden Hunderttausende Bäume vernichtet.

Seit 19 Tagen strömen Protestierende in die Berge

Seit 19 Tagen protestieren die Aktivist*innen. An der Mahnwache in der Provinz Çanakkale nehmen auch Vertreter*innen der Demokratischen Partei

der Völker (HDP) und der Arbeiterpartei der Türkei (TİP) teil. Die Aktivist*innen sind entschlossen, den Widerstand fortzusetzen, bis der kanadische Goldkonzern aufgibt.

Bülent Yoldaş vom Demokratierat von Kadıköy erklärte auf der Mahnwache: „Es ist noch nicht zu spät für die Ida-Berge, Hasankeyf, den Munzur, Fatsa und Eskişehir, wir werden uns vereinen und gemeinsam Widerstand leisten. Zusammen werden wir gewinnen.“ Ekrem Akgül vom Solidaritätsverein IDA sagte, dass der Konzern 2017 mit dem Fällen der Bäume begonnen habe: „Wir haben den Unterschied zwischen Recht und Gerechtigkeit gesehen. Daher haben wir einen anderen Weg eingeschlagen



und ein Camp errichtet. Der eigentliche Grund für das Camp ist es, einen Treffpunkt einzurichten. Soviele auch in den sozialen Medien geteilt wird, die Reaktion der Menschen ist allenfalls ein trauriger Emoji. Das hier in der Realität zu sehen, hinterlässt

einen viel massiveren Eindruck. Das gerodete Gebiet war ein Wald, der zwei Hänge verband. Vor kurzem stand der Wald noch. Dort flogen die letzten Vögel. Hier wurde der Dolch ins Herz der Ida-Berge gerammt.“

Acht neue Protestdörfer errichtet

An den Protesten nehmen auch Abordnungen aus Heskîf (Hasankeyf) und vielen anderen Orten der Türkei und Kurdistans teil. Seit Tagen werden acht Protestdörfer errichtet, in denen Hunderte Menschen leben. Die Protestierenden nennen diese Dörfer Hasankeyf, Munzur, ODTÜ, Fatsa, Alakır, Salda, Cerattepe und Nordwald. Immer neue Aktivist*innen kommen an und werden in den Zelten untergebracht.

Jeden Tag mehrere Demonstrationen – Gestern über 10.000 Teilnehmer*innen

Zwischen Diskussionsveranstaltungen über die Organisation des Widerstands finden immer wieder Demonstrationen unter Parolen wie „Die Ida-Berge sind unser“ statt. Gestern lag die Zahl der Demonstrant*innen weit über 10.000.

Wenn es solche Proteste wegen Heskîf gegeben hätte ...

Doğan Yıldırım aus dem fast 3.000 Kilometer östlich gelegenen Wan nimmt seit vier Tagen an

Wan (türkisch-Kurdistan) soll Frauenstadt werden

Seit den Kommunalwahlen in der Türkei im Frühjahr wird Wan wieder von der HDP regiert. Die Ko-Bürgermeisterin Bedia Özgökçe will aus der Stadt eine „Frauenstadt“ machen. ANF / WAN, 16. Aug. 2019. Die Provinzhauptstadt Wan soll eine „Frauenstadt“ werden. Unter Vorsitz der im März gewählten Oberbürgermeisterin Bedia Özgökçe (HDP) hat die erste Sitzung der Frauenfraktion des Stadtrats im Bezirk Qerqelî (Özalp) stattgefunden. An der Sitzung nahmen die Ko-Bürgermeisterinnen der verschiedenen Bezirke der Provinz Wan sowie die Stadtratsfrauen der Demokratischen Partei der Völker (HDP) teil.

der Mahnwache teil. Er sei aufgebrochen, als er von der Zerstörung der Ida-Berge erfuhr und habe hier sein Zelt aufgeschlagen, erklärt er. Der Widerstand hier könne auch einen Einfluss auf das Schicksal des Munzur und von Heskîf haben. „Wenn es zur richtigen Zeit am richtigen Ort ernsthafte Proteste gegeben hätte, dann hätte die Verwüstung, die wir heute erleben, nicht stattfinden können“, erklärt Yıldırım.

Geschichte soll vernichtet werden

Die HDP-Abgeordnete Züleyha Gülüm erklärt: „Die einzige Sorge der Regierung ist es, Geld für ihre Anhänger heranzuschaffen. So wird im ganzen Land vorgegangen. Hasankeyf ist ein Beispiel, die Schwarzmeerregion ist ein weiteres Beispiel. Auch die Geschichte des kurdischen Volkes soll vernichtet werden.“

Wir müssen zusammen kämpfen

Unsere Aufgabe ist es nicht Teilbereichskämpfe zu führen, sondern alles zusammenzubringen. Es wird versucht, uns einzeln ins Visier zu nehmen und einzuschüchtern. Demgegenüber müssen wir alle gemeinsam aufschreiben. Wo auch immer müssen wir den gemeinsamen Kampf organisieren. Wir haben in Gezi gesehen, wie stark wir zusammen sind.“

Wie Bedia Özgökçe auf der Versammlung ankündigte, sollen diese Sitzungen im monatlichen Turnus in jeweils wechselnden Bezirken stattfinden. Zum Zweck der Frauenversammlungen sagte die Oberbürgermeisterin: „Wir wollen die Probleme, die an die Bürgermeisterinnen herangetragen werden, diskutieren und im Stadtrat einbringen. Für uns ist es eine vorrangige Aufgabe dafür zu sorgen, dass alle in Wan lebende Frauen von den Dienstleistungen der Kommunalverwaltung profitieren können.“ Das Ziel sei es, eine „Frauenstadt“ zu werden, erklärte Bedia Özgökçe: „Wir haben gleich am ersten Tag mit der Arbeit am Aufbau der Frauenstadt

begonnen. Unter Frauenstadt verstehen wir, dass Frauen sichtbar sind, dass sie von allen öffentlichen Angeboten profitieren können, dass der Lebensraum von Frauen vergrößert wird und dass sie nicht diskriminiert werden. Zu den größten Problemen von Frauen gehört Armut, auch dafür wollen wir im Sinne einer demokratischen Kommunalverwaltung Lösungen schaffen. Frauenstadt heißt, dass Frauen

Hakkari/türkisch-Kurdistan: Neuanfang nach den Kommunalwahlen

„Wir lassen uns nicht einschüchtern“

*Cihan Karaman und Hümeyra Armut sind die HDP-Ko-Bürgermeister*innen der nordkurdischen Stadt Colemêrg. Sie übernahmen die Stadtverwaltung aus der Zwangsverwaltung verschuldet und ausgeschlachtet. ANF / COLEMÊRG, 13. Aug. 2019.* Nach dem Wahlsieg der Demokratischen Partei der Völker (HDP) übernahmen Cihan Karaman und Hümeyra Armut das Amt der Ko-Bürgermeister*innen von Colemêrg (Hakkari) aus den Händen des per Ausnahmezustandsdekret vom AKP-Regime eingesetzten Treuhänders. Wir sprachen mit den Ko-Bürgermeister*innen über ihre bisherige Arbeit.

Der Ko-Bürgermeister Cihan Karaman berichtet von der Verwüstung, die zweieinhalb Jahre Zwangsverwaltung verursacht haben. Er beschreibt, wie der Zwangsverwalter von ihnen entwickelte Projekte halbfertig kaltgestellt hat und seine miserable Arbeit als Dienst an der Bevölkerung darstellte. Während der Zwangsverwaltung wurde das gesamte Personal der Stadtverwaltung gegen Personen aus anderen Regionen, die dem Zwangsverwalter nahestanden, ausgetauscht. Alle Ausschreibungen, das Rathaus inklusive, wurden zu Höchstpreisen an das Klientel des Staatsbeamten vergeben: „Bei den Angeboten war klar, dass es hier nicht um einen Dienst an der Bevölkerung, sondern am eigenen Klientel ging. Zum Beispiel gab es eine Ausschreibung für Straßenbau für elf Millionen Lira. Als die Straßen

nicht Opfer von Diskriminierung und Gewalt werden. Um praktische Lösungen für die Probleme von Frauen anbieten zu können, wollen wir einen entsprechenden Mechanismus ins Leben rufen. Ich bin davon überzeugt, dass uns das gemeinsam gelingen wird. Die Tür des Rathauses steht allen Frauen und der gesamten Bevölkerung offen.“

gebaut waren, wurde eine Ausschreibung für Gasleitungen gemacht. Niemand hat gesagt, dass erst die Infrastruktur notwendig ist und man dann darüber baut. Die Straßen müssen jetzt alle wieder aufgerissen werden, um die Gasleitungen zu verlegen. Nun sind elf Millionen Lira für die Tonne. Wer gewinnt dadurch? Die AKPler, welche die Ausschreibung gewonnen haben.“

Die „Arbeiten“ des Zwangsverwalters hätten vor allem seiner Selbstdarstellung gedient, betont Karaman, das Geld der Menschen von Colemêrg sei verschwendet worden. „Stellen Sie sich vor, bei eiskaltem Wetter sind die Straßen geteert worden. Diese Straßen sind jetzt alle völlig kaputt. Das wurde nicht als Dienstleistung getan, sondern um die Leute zu blenden“, erläutert Karaman. „Jede dieser Arbeiten wurde für uns zu einer Last. Wir werden nach jedem Cent fragen, der den Menschen von Colemêrg verloren gegangen ist.“ Er berichtet weiter, dass ein Projekt für Radwege vom Zwangsverwalter begonnen wurde, das zu 90 Prozent vom Staat garantiert war, die Garantie wurde jedoch nach der Wahlniederlage der AKP zurückgezogen.

Der Gouverneur verhindert die Umsetzung von Projekten

Seit sie im Amt sind, haben sie viele Projekte vorbereitet, wurden aber immer wieder durch den Gouverneur behindert, betont Ko-Bürgermeisterin Armut. Der Zwangsverwalter habe viele Menschen in Bereichen angestellt, in denen niemand gebraucht